

Pakistans prominentester Christenführer beging Selbstmord

Verzweifelter Protestakt nach Todesurteil gegen einen Christen wegen angeblicher Blasphemie

von Jorge Scholz

Pakistans bekanntester Christenführer, der katholische Bischof John Joseph, hat sich am Mittwoch, 6. Mai, während einer Demonstration vor dem Gericht der punjabischen Kreisstadt Sahiwal öffentlich erschossen. Wenige Tage zuvor war dort der Christ Ayub Masih in einem spektakulären Blasphemie-Prozess wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden, was in der Islamischen Republik eine landesweite Protestwelle der religiösen Minderheiten auslöste. Beobachter gehen deshalb davon aus, das der Selbstmord des 66jährigen Geistlichen im Zusammenhang mit diesen Ereignissen steht. Für einen sorgfältig geplanten, auf politische Wirkung bedachten Suizid spricht zudem der Umstand, daß der Bischof seine Selbstexekution exakt an der Stelle beging, an der auf den Tag genau vor sechs Monaten der jetzt verurteilte Ayub Masih von einem fanatischen Prozessbesucher angeschossen und schwer verletzt worden war.

Mit John Joseph verlieren die religiösen Minderheiten Pakistans profiliertesten Vorkämpfer ihrer Rechte. Denn der 1984 zum Bischof ernannte Kirchenfürst engagierte sich bereits seit vielen Jahren im Kampf gegen die Diskriminierung von Nichtmuslimen. 1992 organisierte er beispielsweise eine landesweite Kampagne, mit der erfolgreich der von der Regierung geplante Eintrag der Religionszugehörigkeit in die Personalausweise der Bevölkerung verhindert werden konnte. Auch 1994, als drei unter Blasphemieanklage stehende Christen - darunter ein minderjähriger Junge - die Todesstrafe drohte, stand der streitbare Theologe an der Spitze der sich formierenden Protestbewegung. Als einer der drei Angeklagten im Verlauf des Prozesses bei einem Mordanschlag getötet wurde, befand sich John Joseph unter den Verletzten. Das Hauptengagement richtete sich jedoch gegen die Abschaffung der sogenannten Blasphemie-Gesetze rund um den Paragraphen 295-C. Christen, Hindus und Ahmadis (eine per Gesetz als ketzerisch abgestempelte islamische Sekte) die zusammen rund vier Prozent der 140 Millionen Einwohner ausmachen, müssen jederzeit damit rechnen, unter Berufung auf dieses Gesetz unter Anklage gestellt zu werden. Denn in diesem noch von Militärdiktator Zia-ul Haq (1974 bis 1988) per Dekret in das Strafrecht aufgenommenen Paragraphen steht auf die Beleidigung des Propheten Muhammed, des Korans und des Islams die Todesstrafe. Im Zuge seiner Islamisierungspolitik wollte der General mit dem Eingehen auf entsprechende Forderungen radikaler Islamisten sein Regime auf Kosten religiöser Minderheiten legitimieren. Nach dem Tod des Diktators ließ der demokratisch gewählte Premier Nawaz Sharif, der auch zur Zeit regiert, diese Bestimmung 1991 noch einmal verschärfen.

Damit wollte er sich die Unterstützung islamistischer Parlamentarier sichern. Auch seine zwischenzeitliche Nachfolgerin Benazir Bhutto ließ den Paragraphen unangetastet. Wie sehr die Nicht-Muslime in Pakistan unter dem Blasphemiegesetz leiden, läßt sich an Zahlen von amnesty international ablesen: Demnach laufen derzeit gegen mehr als 2.000 Angehörige religiöser Minderheiten Strafverfahren wegen angeblicher Glaubensdelikte. Meistens werden diese mit hohen Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet. Gegen sieben Angeklagte wurden jedoch auch schon Todesurteile verhängt, mit der auch die Angeklagten in sechs weiteren, zur Zeit laufenden Prozessen rechnen müssen. Ob sich deren Lage nach dem freiwilligen Tod ihres eifrigsten Fürsprechers bessert, bleibt abzuwarten. Zunächst kam es in ersten Reaktionen in verschiedenen punjabischen Städten zu wütenden Protestkundgebungen der christlichen Minderheit und ihren Verbündeten, gegen die die Sicherheitskräfte hart durchgriffen. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auch Häuser und Autos in Flammen aufgingen, wurden mindestens 700 Christen verhaftet. Etwa 18, darunter Frauen und Kinder, wurden mit zum Teil schweren Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Nach dem pakistanischen Atomtest ebte die Protestwelle spürbar ab.